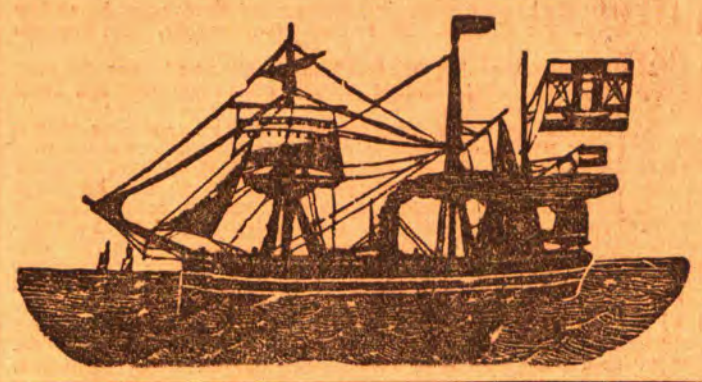
Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung

Erscheint täglich morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.
Vierteljährlicher Abonnementspreis
pränumerando **16** Mk. **50** Pf., mit Botenlohn **18** Mk.
Auswärtige
abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für
18 Mk. pro Quartal bei freier Zustellung.
Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr
außer Montag und Sonnabend.
Für Aufbewahrung und Rücksendung unverlangt eingesandter
Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.
Die Expedition ist geöffnet:
An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Anzeigen werden für den Raum einer Kolonel-Spaltzeile von Abonnenten mit **1** Mk.,
von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit **1,20** Mk. berechnet
Reklamen für Hiesige **3,50** Mk., Auswärtige **4,50** Mk. die Zeile,
bei Erfüllung von Platzvorschriften 50% Aufschlag.
Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze
kann nicht übernommen werden.
Etwaiger Rabatt kann im Konkursfalle, bei Einziehung des Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann verweigert werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.
Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind spätestens bis vorm. **10** Uhr einzuliefern.
Telephonische Anzeigen-Annahme ohne Gewähr für Richtigkeit.
Belag-Exemplare kosten 30 Pf.

Fernsprechnummern: **26** und **28**.

Nr. 231 — Memel, Sonntag, den 2. Oktober 1921 — 73. Jahrgang

Die Regierungsumbildung im Reich und in Preußen

Verhandlungen mit der U. S. P.

As. **Berlin**, 1. Oktober. (Priv.-Tel.) Die Regierungsbildung auf breiter Grundlage im Reich und in Preußen ist durch den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, an die Unabhängigen wegen Verbreiterung der Koalition heranzutreten, für einige Zeit verschoben. Die Unabhängigen haben sich heute in einer Fraktionssitzung mit dem mehrheitssozialistischen Angebot beschäftigt. In der Aussprache scheint die Ansicht vorgeherrscht zu haben, daß das Angebot der Sozialdemokratie ein Verzweiflungsschritt sei, nachdem größere sozialdemokratische Wählermassen sich dem Görlitzer Koalitionsbeschluß gegenüber ablehnend verhalten hätten. Man glaubt nicht, daß es möglich sein werde, eine gemeinsame Regierungsgrundlage für ein Zusammenarbeiten zwischen den Mehrheitssozialisten, dem Zentrum und den Demokraten zu finden. Immerhin wollte man nicht ohne weiteres die Anfrage ablehnend beantworten und beauftragte einen Ausschuß, in dem sowohl die Richtung Ledebour, wie die Richtung Breitscheidt vertreten ist, mit der Ausarbeitung der Vorbedingungen, unter denen die Unabhängigen in eine Koalition eintreten würden. Es verlautet, daß diese Bedingungen möglichst milde gefaßt werden sollen, um dem Zentrum und den Demokraten eine ablehnende Haltung zu erschweren. Nur die Ausscheidung der Deutschen Volkspartei aus der Koalition werde gefordert. Das aber dürfte den bürgerlichen Regierungsparteien unannehmbar erscheinen.

Erklärung der S. P. D. zur Regierungsumbildung

* **Berlin**, 1. Oktober. (Tel.) Wie der „Sozialdemokratische Parteidienst" mitteilt, faßte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Freitag in später Abendstunde folgenden Beschluß: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt zur Frage der Umbildung der Regierung: 1. Zu einer Gesamtdemission des Kabinetts Wirth ist keine Veranlassung. Es kann sich bei einer eventuellen Erweiterung der Regierung für uns nur um eine Umbildung des Kabinetts Wirth handeln. 2. Bevor eine Umbildung der Regierung vorgenommen wird, muß eine Einigung über den Teil des Regierungsprogramms erzielt sein, der die Stellung der Regierung zur demokratisch-republikanischen Staatsform und die zum Schutz der Republik zu ergreifenden Maßnahmen klarlegt. 3. Eine Entscheidung über eine eventuelle Umbildung der Regierung kann die Fraktion erst fällen, wenn das gesamte Steuerprogramm vorliegt und die Gestaltung der vorgeschlagenen Besitzsteuer sowie der besonderen Leistungen des Besitzes zu übersehen ist. Die Fraktion beschloß weiter, an den Vorstand der U. S. P. heranzutreten, um festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen diese eventuell bereit sei, in die Reichs- und preußische Regierung einzutreten.

*

* **Berlin**, 30. September. (Tel.) Laut einer Meldung der „Disch. Allgem. Ztg." konnte in der Frage der Steuerreform zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien bisher eine Einigung nicht erzielt werden. Infolge der voraussichtlichen Vertagung des Reichstags bis zum 26. Oktober rechnet das Blatt mit aller Wahrscheinlichkeit damit, daß die Frage der Regierungsumbildung im Reich und auch in Preußen bis Ende Oktober, wenn nicht auf noch spätere Zeit, verschoben werden muß. Die Aussichten für die Kabinettserweiterung im Reich und in Preußen werden nach Meinung verschiedener Blätter immer ungünstiger. Wie der „Lok. Anz." schreibt, habe die gestrige Rede des Reichskanzlers bei der Deutschen Volkspartei sehr verstimmt. Die Rede des Kanzlers und diejenige Scheidemanns hätten genügt, um die Verhandlungen außerordentlich zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Wie das Blatt aus militärischen Kreisen erfährt, sind die persönlichen Aussprachen über die Kabinettsneubildung seit gestern mittag nicht mehr fortgesetzt worden.

Die große politische Aussprache im deutschen Reichstag

As. **Berlin**, 1. Oktober. (Priv.-Tel.) Der Reichstag setzte heute die gestern begonnene große politische Aussprache fort. Den Reigen der Redner eröffnete der Zentrumsabgeordnete Marx, der erst kürzlich zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Er setzte sich sehr energisch für die Politik des Kanzlers ein. Das Zentrum, so erklärte er, stehe entschlossen hinter seinem Kanzler. Der volksparteiliche Redner Thiel führte eine große Reihe von Fällen an, in denen die Verordnung des Reichspräsidenten wohl gegen rechtsstehende Kreise angewendet sei, während man nicht mit gleicher Schärfe gegen die Linksparteien vorgehe. Dann folgte eine kurze Ministerrede des Innenministers Gradnauer, der die Verordnung des Reichspräsidenten verteidigte und erklärte, daß im ganzen doch eine gewisse Entspannung eingetreten sei. Das Verdienst daran nehme die Regierung für sich in Anspruch. Wäre sie nicht so verfahren, so wäre es schlimmer gekommen. Für die Demokraten mahnte der Abgeordnete Dr. Koch noch einmal zur Verständigung. Was wir gebrauchen, das sei eine Politik der Versöhnung, eine Politik der Mitte. Nach ihm sprach für die Bayerische Volkspartei der Abg. Beverle, der die Beilegung des Konflikts mit Bayern begrüßte und dem Reichskanzler für den versöhnlichen Ton seiner gestrigen Rede dankte. Dann schickten die Kommunisten ihre Redner vor, und zwar Klara Zetkin für die Moskauer Richtung und den Abg. Levy für die kommunistische Arbeitsgemeinschaft. Nach ihnen verteidigte der braunschweigische Ministerpräsident Oerter die braunschweigische Regierung und ließ sich des längeren über die Organisation des Stahlhelms aus. Seine Rede wurde öfters durch stürmische Zwischenrufe der Rechten unterbrochen. Er wurde auf der Rednertribüne durch den Unabhängigen Rosenfeld ersetzt.

Es steht zur Stunde noch nicht fest, ob der Reichstag heute sich vertagen wird bis zum Ende des Monats, wie es vorgesehen ist, oder ob es nötig sein wird, die politische Aussprache noch Montag und Dienstag fortzusetzen.

Das Defizit der deutschen Reichspost

* **Berlin**, 1. Oktober. (Tel.) Eine auswärtige Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß das Defizit der Reichspost auf 5½ Milliarden Mark angewachsen sei. Diese Behauptung ist nach Auskunft des Reichspostministeriums unzutreffend.

Eröffnung des Hochverratsverfahrens gegen von Jagow

* **Berlin**, 1. Oktober. (Tel.) Auf eine kommunistische Anfrage hin wurde von den Vertretern des Reichsjustizministeriums geantwortet, daß gegen den früheren Polizeipräsidenten von Jagow und den früheren Oberpräsidenten von Wangenheim das Hauptverfahren wegen Hochverrats bereits eröffnet ist und daß die Verhandlung vor dem Reichsgericht voraussichtlich Ende Oktober stattfinde.

Zum Abbau der Sanktionen

≡ **Paris**, 1. Oktober. (Priv.-Tel.) Nach Londoner Meldungen wird die Aufhebung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen in englischen Handels- und Industriekreisen mit großer Befriedigung aufgenommen. Man glaubt, daß jetzt auch auf der nächsten Konferenz des Obersten Rats in Paris der englische Vorschlag auf Aufhebung der militärischen Zwangsmaßnahmen angenommen wird. Auch „Petit Parisien" schreibt anläßlich der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, daß es keinem Zweifel unterliege, daß auch die militärischen Sanktionen aufgehoben werden.

*

* **Koblenz**, 30. September. Die interalliierte Rheinlandkommission hat mit Verordnung 98 die im Verfolg der Londoner Beschlüsse erlassenen Verordnungen mit Wirkung ab 30. September, abends 12 Uhr, unter Vorbehalten aufgehoben, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Unberührt bleibt die Gültigkeit der auf Grund der aufgehobenen Verordnungen getätigten Akte, die verworfenen Rechte, übernommenen Verbindlichkeiten und verhängten Strafen; die von den alliierten Stellen im besetzten Gebiet erteilten Ein- und Ausfuhrbewilligungen bleiben gültig, ebenso die von ihnen aufgestellten Freilisten für die Dauer von drei Monaten. Ferner bleibt die Freiheit des Verkehrs mit Postpaketen bis zu 5 Kg. über die Westgrenze der besetzten Gebiete für einen Monat bestehen. Irgendwelche Abfassungs- oder Beschlagnahmemaßnahmen gegen die auf Grund alliierter Bewilligungen eingeführten Waren sind untersagt, ebenso jede behördliche Maßnahme gegen diejenigen Personen, welche an der Durchführung der Sanktionen dienstlich teilgenommen haben. Die bei der Durchführung der Sanktionen der deutschen Verwaltung entstandenen Kosten fallen dem Deutschen Reiche zur Last. Die Suspension der deutschen Gesetze und Verordnungen, welche von der Rheinlandkommission auf Grund der Sanktionsverordnungen ausgesprochen wurde, wird aufgehoben.

Wahlen im Wilnagebiet

Warschau, 30. September. (Priv.-Tel.) General Zeligowski hat beschlossen, das von den Selbstverwaltungskörpern gewählte Ausführungskomitee zum 2. Oktober einzuberufen, um die Frage der Nationalversammlung zu besprechen. Angesichts der Haltung sämtlicher politischer Gruppen und Parteien in Wilna und der ausschließlich politischen Zusammensetzung des Ausführungskomitees ist es nicht zweifelhaft, daß die Wahlen zu einer mittellitauischen Nationalversammlung zu einem möglichst nahen Termin einstimmig beschlossen werden. Die Nationalversammlung soll ungeachtet der Entscheidung des Völkerbundes über die staatliche Zugehörigkeit des Wilnaer Gebiets beschließen.

Ein amerikanisches Urteil über Oberschlesien

* **Berlin**, 1. Oktober. (Tel.) Der bekannte amerikanische Rechtssachverständige David Hunter Miller, der als juristischer Beirat der amerikanischen Kommission für die Friedensverhandlungen an der Pariser Konferenz teilnahm, hat ein Rechtsgutachten über die oberschlesische Frage erstattet, das augenblicklich dem Völkerbundsrat vorliegt. Er kommt darin zu dem Ergebnis, daß nach dem Resultat der Volksabstimmung Oberschlesien ungeteilt beim Deutschen Reich verbleiben muß. Die Reichsregierung hat das Gutachten dem Völkerbundsrat sowie den Regierungen der Entente überreichen lassen.

Devalera nimmt die Konferenzeinladung an

* **London**, 30. September. (Tel.) Devalera hat die Einladung Lloyd Georges zu einer Konferenz angenommen. In der Antwort Devaleras an Lloyd George heißt es: Wir haben Ihre Einladung zu der Konferenz erhalten, die am 11. Oktober in London stattfindet, um zu ermitteln, wie die Verbindung Irlands mit der als Britisches Reich bekannten Gemeinschaft von Nationen am besten mit den irischen nationalen Bestrebungen in Uebereinstimmung gebracht werden kann. Unser beiderseitiger Standpunkt wurde dargelegt. Wir stimmen darin überein, daß eine Konferenz und nicht ein Schriftwechsel der praktischste und hoffnungsvollste Weg zur Verständigung ist. Wir nehmen die Einladung an. Unsere Delegierten werden mit Ihnen an dem erwähnten Tag in London zusammentreffen, um jede Möglichkeit einer Annäherung durch eine persönliche Besprechung zu erforschen.

Für eilige Leser

Es stehen Wahlen zu einer Nationalversammlung des Wilnagebiets in Aussicht.

Die Beratungsarbeiten für das Wirtschaftsabkommen zwischen Danzig und Polen sind zum Abschluß gekommen.

Die Regierungsumbildung im Reich und in Preußen ist auf Schwierigkeiten gestoßen.

Die S. P. D. hat mit der U. S. P. D. Verhandlungen wegen Verbreiterung der Regierungskoalition eingeleitet.

Der neue bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld führte in einer Rede aus, die Einheit des deutschen Volkes werde am besten in einem föderalistischen Reich gewahrt werden.

Devalera hat die Einladung zu einer Konferenz in London angenommen.

Wladiwostok ist von den Bolschewisten besetzt worden.

Die internationale Telegraphenkonferenz in Riga

Auf Einladung der lettländischen Regierung hat in der Zeit vom 10. bis 17. September eine internationale Telegraphenkonferenz in Riga stattgefunden, auf der Großbritannien, Deutschland, Rußland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, das Memelgebiet, die Freie Stadt Danzig und die große Nordische Telegraphengesellschaft (Sitz Kopenhagen), die über wichtige Seekabel verfügt, vertreten waren. Jede Verwaltung hatte mehrere Delegierte entsandt; vom Memelgebiet waren mit Genehmigung des Oberkommissars der Landespostdirektor und der Leiter des Telegraphenamts anwesend.

Die Konferenz wurde am 10. 9. durch den Ministerpräsidenten Mejerowiz eröffnet. Die Leitung der Plenarsitzungen hatte der Verkehrsminister Pauluk übernommen. In seiner Vertretung und bei Leitung der umfangreichen Geschäfte der Tarif- und der Radiokommission leisteten hervorragende Arbeit der lettländische Generaldirektor Kadikis und die Vertreter des norwegischen und des deutschen Ministeriums (Ministerialrat Lindow). Die Aufnahme der Delegierten durch die lettländische Regierung war außerordentlich herzlich. Von gesellschaftlichen Veranstaltungen seien erwähnt ein Empfangsabend, ein gemeinschaftlicher Ausflug nach den Schlachtfeldern der Toteninsel bei Uexküll, dem Brennpunkt der Kämpfe um Riga, und ein Festkonzert in der Nationaloper anläßlich des 600. Todestages des italienischen Dichters Dante.

Die Aufgaben der Konferenz waren im einzelnen folgende:

Die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Telegraphen-, Fernsprech- und Radioverkehr zwischen Rußland und den Baltischen Staaten einerseits und den übrigen europäischen und außereuropäischen Ländern andererseits, die Ermäßigung der Gebühren, insbesondere die Bestimmung der Transitgebühren und die Gleichstellung der Wortlaxen für Telegramme, die über verschiedene Wege geleitet werden, die Regelung des funkentelegraphischen Verkehrs zwischen Landstationen und die Festsetzung der darauf bezüglichen Taxen, die Festlegung sämtlicher vorhandenen und projektierten Seekabel, Telegraphen- und Fernsprechlinien und schließlich die vorläufige Besprechung von Fragen für den Weltkongreß im Jahre 1922. Die Verhältnisse im Osten sind besonders dadurch verwickelt geworden, daß dort eine größere Anzahl von neuen Staaten mit selbständigen Telegraphenverwaltungen entstanden sind, denen nach dem internationalen Vertrage bei Leitung der Telegramme und Gespräche über ihr Gebiet Transitgebühren zustehen, wodurch die Taxen, die außerdem Kursschwankungen ausgesetzt sind, oft eine außerordentliche Höhe erreichen. Während sich z. B. vor dem Krieg in die für ein Telegramm von Deutschland nach Finland zu bezahlenden Telegrammgebühren nur Deutschland und Rußland teilten, haben jetzt bei Leitung auf dem Landwege außer Deutschland und Finland das Memelgebiet, Litauen, Estland und Lettland einen Anspruch auf Transitgebühren in bestimmter Höhe, die im internationalen Vertrage unter Zugrundelegung des Goldfranc einerseits für große, andererseits für kleine Länder vorgeschrieben sind. Bei dem jetzigen niedrigen Stande der deutschen Mark würden z. B. sowohl Lettland wie auch Litauen und Estland für jedes Telegrammwort eine Gebühr von 1,40 M., das Memelgebiet eine solche von 70 Pf. zu erhalten haben. Für den Verkehr zwischen Memel und Lettland hat sich die Lage noch dadurch ungünstiger gestaltet, daß sich neuerdings in die hiesigen Telegraphen- und Fernsprechleitungen Memel—Libau, über die auch ein großer Teil des deutschen und internationalen Verkehrs abgewickelt wird, litauisches Gebiet bei Polangen eingeschoben hat, wodurch Litauen der Anspruch auf eine Transitgebühr zuteil geworden ist, die natürlich den Verkehr noch mehr verteuert. Zwischen dem Memelgebiet und Litauen sind daher, damit der Weg über Memel nicht ausgeschaltet wird, bereits im Mai 1921 in Kowno Vereinbarungen getroffen worden, wonach die litauische und die Memeler Verwaltung zusammen nicht mehr Transitgebühren erheben, als sie Litauen allein zustehen würden und Litauen 4,5, Memel hingegen 2,5 Centimes von den Wortgebühren erhält.

Die Konferenz ist entsprechend ihrem Programm zu folgenden Ergebnissen gekommen:

1. Sämtliche Telegraphenverwaltungen haben sich bei Oeffnung ihrer Linien für den internationalen Verkehr keine Konkurrenz zu machen, vielmehr sind alle vorhandenen Land- und Seewege bezüglich der Totaltaxe dem normalen Wege, d. i. nach den internationalen Bestimmungen dem billigsten Wege gleichzustellen. Ein Telegrammwort von England nach Rußland über das große englisch-russische Seekabel Peterhead-Alexandrowsk kostet künftig ebensoviel, als wenn es auf irgend einem Landweg über mehrere Transitverwaltungen, z. B. über Deutschland, Polen, Litauen, Schweden, Finland oder andere Länder, darunter Memel, geleitet wird. Die Zwischenverwaltungen haben daher die ihnen zustehenden Ansprüche auf Transitgebühren entsprechend ermäßigen müssen. Die Konferenz hat alsdann für den Verkehr nach sämtlichen Ländern des Ostens und zwar für alle Wege Berechnungen aufgestellt, die zum Schluß immer dieselbe Gesamttaxe ergeben. Ueber ihre Anteile an Transitgebühren mußten sich die beteiligten Länder einigen. Die den Endländern gebührenden Anteile blieben im allgemeinen unverändert, hauptsächlich wurde Rußland nach längeren Verhandlungen zur Ermäßigung seiner hohen Endtaxe veranlaßt. Für den Verkehr über Memel wurden die besonderen Abmachungen zwischen dem Memelgebiet und Litauen berücksichtigt. Infolgedessen erhält das Memelgebiet niemals die ihm eigentlich zustehende Transitgebühr von 3½ Cent. = 70 Pf. für das Wort, sondern höchstens 50 Pf. Der Weg über Memel tritt hierfür aber gleichberechtigt mit den anderen großen internationalen Wegen, z. B. über Warschau, Kowno usw. in Wettbewerb. Die Endgebühr von 6 Centimes (= 1,20 M.) für das Wort, die das Memelgebiet für jedes hier abgehende oder ankommende Telegrammwort im Auslandsverkehr zu erhalten hat, bleibt ihm zugesichert.

128027

Lietuvos TSR Gedr. Bibliteka

2. Die Verzeichnisse sämtlicher vorhandenen und projektierten Linien wurden ausgetauscht und veröffentlicht. Die Verwaltungen haben sich ferner verpflichtet, ihre Leitungen möglichst bald wieder in betriebsfähigen Zustand zu setzen, sowie sich in Störungsfällen gegen Erhebung einer mäßigen Gebühr auszuhelfen.

3. Die Abrechnungen werden künftig monatlich ausgetauscht und zwar nicht mehr durch Vermittelung der Zwischenländer, die lediglich Mitteilung erhalten. Die Zahlungen haben vierteljährlich in der Weise zu geschehen, daß die schuldende Verwaltung dem ersten Zwischenland die Gesamtschuld für sämtliche Länder überweist und das erste Zwischenland den Schuldbetrag nach Abzug des eigenen Guthabens an das zweite, dritte, vierte Zwischenland usw. weitergibt. Die neuen Gebühren werden vom 15. November 1921 ab erhoben. Die anderweitige Art der Abrechnung tritt vom 1. Januar 1922 ein.

4. Ueber den Radioverkehr wurde in Erweiterung der Pariser Beschlüsse des Jahres 1920 ein neues Abkommen abgeschlossen, das die Bereitstellung sämtlicher Stationen zu gewissen Stunden für die von den Großstationen ausgehenden Meldungen über die Ereignisse in aller Welt, für die Zeitungsnachrichten und die Staatstelegramme vorsieht sowie die Gebührenfrage regelt. Bemerkt wird hierzu, daß das Memelgebiet über eine Funkenstation noch nicht verfügt, die Einrichtung einer solchen in einer See- und Handelsstadt wie Memel aber nicht mehr lange aufzuschieben sein wird.

Die Konferenz wurde am 17. September geschlossen. Der lettländischen Regierung und der Generaldirektion der Posten und Telegraphen sprach der schwedische Delegierte Graf Hamilton den Dank der vertretenen Verwaltungen aus.

Der praktische Erfolg der Konferenz für das Memelgebiet ist erheblich. Während der Weg über Memel für die meisten Verwaltungen z. B. Finland bisher infolge der Beteiligung mehrerer Länder an den Transittaxen der Strecke Memel—Riga—Reval und der dadurch bedingten hohen Gesamtgebühren nicht in Frage kam, kann er künftig ebenso leicht wie der Weg über See, über die skandinavischen Länder, über Kowno, Warschau usw. benutzt werden. Künftig wird derjenige Weg den Vorzug erhalten, welcher der sicherste und schnellste ist, die beteiligten Verwaltungen werden demnach ihre Einrichtungen entsprechend vervollkommnen und sich auch auf die für den großen Verkehr hauptsächlich in Frage kommende Massenbeförderung durch Maschinentelegraph einstellen müssen. Gegenwärtig gehen monatlich schon etwa 350 000 Wörter über das Memelgebiet, die etwa 175 000 Mark monatlich und über 2 Millionen Mark jährlich einbringen. Diese Einnahme, die im Etat für 1921 noch nicht angesetzt ist, wird sich bald bedeutend heben, zumal sich ihr auch noch die Einnahmen aus dem internationalen Sprechverkehr, z. B. auf der Strecke Königsberg—Riga, hinzugesellen werden (für jedes gewöhnliche Transitgespräch von 3 Minuten Dauer zwischen Deutschland und Lettland erhält das Memelgebiet 5 Mark). Ausgaben entstehen für den Durchgangstelegraphenverkehr vorläufig überhaupt nicht, da eine Umtelegraphierung in Memel nicht stattfindet.

Die Zusammenkunft in Riga bot ferner Gelegenheit zur Klärung anderer wichtiger Fragen auch des Postverkehrs im Einvernehmen mit den Verwaltungen von Litauen und Lettland.

Die Konferenz war daher ein Merkstein auf dem Wege der Wiederanknüpfung der für Jahre zerrissen gewesenen Bande zwischen den einzelnen Völkern, der Regelung der Beziehungen des Memelgebiets im Weltverkehr sowie zur Erschließung neuer Einnahmequellen.

Eine föderalistische Rede Lerchenfelds

* **München**, 30. September. (Tel.) In der bereits angekündigten Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld führte dieser u. a. aus, es handle sich bei dem Streit zwischen Föderalismus und Unitarismus nicht um die Einheit des deutschen Volkes. Diese stehe auch für jeden Föderalisten außer Frage. Wir Föderalisten, sagte der Ministerpräsident, sind der festen Ueberzeugung, daß die Einheit des deutschen Volkes nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der absehbaren Zukunft nicht in einem unitarischen, sondern in einem föderalistischen Reich gewährleistet und zu großer Leistungsfähigkeit geformt werden wird. Wenn auch anzuerkennen sei, daß schon im Reich Bismarcks sich zentralistische Tendenzen bemerkbar gemacht hätten, sei doch die Tatsache wesentlich, daß die Entwickelung zwangsmäßig unterbrochen worden und notwendige Entwickelungsstadien übergangen worden seien. Er stehe voll und ganz auf dem Standpunkt, daß die Anschauungen eines anderen zu ehren und zu achten seien. Man dürfe nicht gegen einen Stand regieren und diesen Stand unterdrücken. Er wolle haben, daß alle Stände, auch die Arbeiter, an dem Aufbau des Staates mit eigener Verantwortlichkeit sich beteiligen. Nur so könnten sie erkennen, daß man nichts mit Theorien machen könne, sondern daß nur die Praxis zeige, was möglich, was erreichbar und ersprießlich sei. Wenn in dieser Beziehung die Arbeiterschaft in voller Verantwortlichkeit im Staatsleben stehe, brauchten wir keine Angst zu haben, daß sie diese Macht mißbrauchen würden. Keinen Zweifel aber möchte er darüber lassen, daß ihn von dem sozialistischen Marxismus eine strenge Scheidelinie trenne und zwischen beiden Auffassungen kein Kompromiß möglich sei. Damit solle aber nicht gesagt sein, daß in die politischen Auseinandersetzungen Leidenschaft und Haß hineingetragen werden sollten. An die Stelle der marxistischen Auffassung setze er die Begriffe der organischen Entwickelung und die Forderung des sittlichen Wollens.

Die Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften

* **Berlin**, 1. Oktober. (Tel.) Die preußische Landesversammlung lehnte einen mehrheitssozialistischen Antrag über die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften ab.

Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen beendet

Danzig, 1. Oktober. (Priv.-Tel.) Nach einer Verhandlungsdauer von etwa acht Monaten sind jetzt die Beratungsarbeiten für das Wirtschaftsabkommen zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen zum Abschluß gekommen. Zur Unterzeichnung des Vertrages begeben sich Vertreter Danzigs am 8. Oktober nach Warschau.

Die russische Hilfsaktion und der Völkerbund

* **Genf**, 30. September. (Tel.) Die Völkerbundsversammlung beendete heute die Debatte über die Hilfsaktion in Rußland. Dem Wunsch der Versammlung, Nansen, trotzdem ihm die Versammlung in seinen praktischen Vorschlägen die Gefolgschaft verweigerte, eine Sympathiekundgebung zu bereiten, verlieh der Zusatzantrag Fisher-England Ausdruck. Die Kommissionsanträge wurden endlich einstimmig angenommen. Sie betonen u. a. die Notwendigkeit der Hilfsaktion und ihre Ausdehnung auf Armenien, Georgien und Aserbeidschan. Die Versammlung verzichtet angesichts der Weigerung verschiedener Regierungen, gegenwärtig finanziell mitzuwirken.

Ein Dampfer mit Mehl für Rußland wrack geworden

* **Kopenhagen**, 30. September. (Tel.) Petersburger Zeitungen zufolge, sind in letzter Zeit fast täglich zahlreiche Kinder aus dem von der Hungersnot heimgesuchten Gebiet eingetroffen. Man schätzt ihre Zahl auf ungefähr 10 000. Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge, ist der große amerikanische Dampfer „Wasco", mit einer Mehlladung nach Petersburg unterwegs, im östlichen Teil der Finnischen Bucht auf Grund gestoßen. Der Dampfer ist schwer beschädigt, so daß er wrack werden wird. Die Besatzung mußte das Schiff verlassen; ihr Schicksal ist unbekannt.

Das memelländische Beamtenrecht

Beschlüsse des Staatsrats

Anstellung der Staatsbeamten des Memelgebiets sowie Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung

Dem Staatsrat des Memelgebiets lag in seiner Sitzung am Freitag eine Verordnung betreffend die Anstellung der unmittelbaren Staatsbeamten des Memelgebiets vor, ferner eine solche über die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung und über die Hinterbliebenenfürsorge.

Staatsr. Reisgys stellte den Antrag auf Vertagung, da es ihm unmöglich sei, die Vorlage, die er eben erhalten habe, jetzt durchzuarbeiten.

Nach Ausführung des Vizepräsidenten Wedel zog Staatsr. Reisgys schließlich seinen Antrag zurück, behielt sich aber das Recht vor, ihn nochmals zu stellen.

Vizepräsident des Landesdirektoriums Wedel gab eine Uebersicht über die wichtigsten Punkte der vorgeschlagenen Verordnung. Augenblicklich befinden sich die Beamten des Memelgebiets in einer wirtschaftlich außerordentlich unsicheren Lage, da sie nur auf kurze Frist angestellt sind. Wir haben jedoch ein Interesse daran, möglichst tüchtige Beamte hierherzubringen und müssen ihnen dafür Sicherheiten geben können. Es sei selbstverständlich, daß man bei der Anstellung von Beamten auf Lebenszeit vorsichtig zu Werke gehen müsse. Die Voraussetzungen hierfür seien in der vorgeschlagenen Verordnung enthalten. Man habe sich ferner gesagt, daß die Möglichkeit bestehe, daß Beamte übernommen werden, die bisher Kaufleute oder Landwirte gewesen sind, oder aus einem freien Berufe stammen. Von diesen könne man keine Ablegung einer Prüfung verlangen. Deshalb habe man sich die Möglichkeit vorbehalten, auch Beamte ohne Prüfung in einzelnen Fällen anstellen zu können.

Staatsr. Randel hegte Bedenken gegen die Bestimmungen des § 2c, welche die Voraussetzung für die Anstellung auf Lebenszeit regelt. Er schlug eine Bestimmung vor, wonach von der Ablegung einer Prüfung für ihre gegenwärtige Stellung sämtliche Beamten befreit sind, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung eingestellt oder befördert worden sind, soweit sie auf eine fünfjährige Tätigkeit im Staats- oder Kommunaldienst zurückblicken, diese nachweisen können und sich in der letzten Stellung bewährt haben. In den jetzigen Beamtenstellen sei eine große Anzahl von Leuten, welche die Qualitäten nicht haben.

Zum Antrag Randel entspann sich eine längere Aussprache, in deren Verlauf schließlich eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus Staatsr. Randel, Vizepräsidenten Wedel und Staatsr. Hansen, beauftragt wurde, diesen Punkt sogleich nachzuprüfen und einen Vorschlag, der eine notwendige Sicherung enthalte, dem Staatsrat vorzulegen.

Inzwischen wurde die Aussprache fortgesetzt. Staatsr. Kislath bat das Landesdirektorium, auch die möglichste Sicherstellung der Unterbeamten in Erwägung zu ziehen. Auch dürfe das Memelgebiet nicht ein Asyl für solche werden, die sich im Reich nicht bewährt haben oder infolge ihrer politischen Tätigkeit dort ausscheiden müssen. Das Memelland sei frei und demokratisch.

Präsident des Landesdirektoriums Steputat erklärte, er könne den Ausführungen des Vorredners nur zustimmen. Von einer Reaktion, von der der Vorredner gesprochen habe, könne jedoch nicht die Rede sein. Er wisse auch nicht, auf welche Vorgänge dieser sich beziehe. Das, was er als Disziplin bezeichnen wolle, könne man nicht als Reaktion bezeichnen. Es sei selbstverständlich, daß der Beamte gegenüber seiner Behörde eine andere Stellung einnehme, als sie der Bürger einnehme. Der Beamte müsse sich als Vertreter der Oeffentlichkeit fühlen und sich bewußt sein, daß er des Publikums wegen da sei und nicht umgekehrt. Das lasse sich nur durch Disziplin erreichen, was nicht dasselbe sei, wie Reaktion.

In der weiteren Debatte kam zum Ausdruck, daß die Verordnung sich nicht auf die Mitglieder des Landesdirektoriums beziehen könne. Diese seien politische Beamte, die ähnlich wie die Minister eingestellt und entlassen werden können.

Staatsr. v. Schlenther erklärte, er glaube überhaupt nicht, daß es erforderlich sei, daß sie mit Pensionsberechtigung angestellt werden. Für die Landesräte müsse ein besonderes Gesetz erlassen werden, wonach sie eventuell ähnlich angestellt werden, wie die Landesräte in der Provinz Ostpreußen.

Präsident des Landesdirektoriums Steputat wies darauf hin, daß es in dringendem Interesse liege, die Vorlage heute zu verabschieden, aus der die Mitglieder des Landesdirektoriums und die Landesräte herausbleiben müßten.

Die drei Mitglieder, welche mit der Frage der Beamtenprüfungen beauftragt worden waren, machten sodann ihre Vorschläge. Schließlich wurde die Verordnung betreffend die Anstellung der unmittelbaren Staatsbeamten des Memelgebiets in folgender Fassung angenommen:

§ 1. Die Anstellung erfolgt grundsätzlich auf Lebenszeit mit Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Verordnung vom heutigen Tage. Es bleibt insbesondere vorbehalten, soweit nicht die Anstellung auf Lebenszeit durch besonderes Gesetz vorgeschrieben ist, a) die Anstellung auf eine bestimmte Zeit oder für ein seiner Natur nach vorübergehendes Geschäft, b) die Anstellung auf Kündigung für einzelne Beamtengruppen, soweit dies durch die Art der Tätigkeit, insbesondere bei einfacheren Dienstverrichtungen, gerechtfertigt erscheint.

§ 2. Voraussetzungen für die Anstellung auf Lebenszeit sind: a) die Vollendung des 25. Lebensjahres, b) eine dreijährige Tätigkeit in einem Staats- oder Kommunaldienst. Die Gleichstellung einer anderweitigen gleichwertigen praktischen Beschäftigung bleibt vorbehalten, c) die Ablegung einer Prüfung, soweit eine solche noch nicht vor einer zuständigen Behörde abgelegt ist. Im Einzelfall kann von einer Prüfung abgesehen werden, soweit nicht in besonderen Gesetzen oder Dienstvorschriften die Ablegung einer Prüfung als zwingend vorgeschrieben ist. Es bleibt vorbehalten, im Einzelfalle die lebenslängliche Anstellung von einer Probedienstzeit im Memelgebiet abhängig zu machen.

§ 3. Die Anstellung erfolgt auf Vorschlag des Landesdirektoriums durch den Oberkommissar, Vertreter der alliierten Mächte, soweit er nicht dieses Recht auf eine andere Behörde übertragen hat.

§ 4. Bei der Anstellung ist den Beamten eine Anstellungsurkunde auszuhändigen.

§ 5. Diese Verordnung findet auf Mitglieder des Landesdirektoriums und Landesräte keine Anwendung. Die Anstellungsbedingungen für Landesräte werden durch besondere Verordnung geregelt.

Die Annahme obiger Verordnung erfolgte mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Staatsr. Reisgys). Staatsr. Großaitis hatte bei der Abstimmung die Hand erhoben, also für Annahme der Vorlage gestimmt, so daß seine spätere Erklärung, er sei auch für Stimmenthaltung, hinfällig war.

Die Ruhegehalts- und Hinterbliebenen-Versicherung der unmittelbaren Staatsbeamten des Memelgebiets

Ferner nahm der Staatsrat eine Verordnung betreffend die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung der unmittelbaren Staatsbeamten an. Dabei wies Vizepräsident des Landesdirektoriums Wedel darauf hin, daß sie nichts anderes darstelle, wie die gleichen Vorschriften, die in Preußen und in Deutschland bestehen, lediglich mit einer Ausnahme. Zurzeit finden Verhandlungen mit dem Reich und Preußen statt betreffend die Anrechnung der Dienstzeit. Das Landesdirektorium schlage vor, daß den Beamten eine Dienstzeit von nicht mehr als zehn Jahren angerechnet werden dürfe für die Zeit, in der sie in Preußen oder im Reich tätig waren.

Ihren wesentlichen Inhalt teilen wir an anderer Stelle mit.

Die Verordnung enthält 41 Paragraphen, wir entnehmen ihr folgendes:

§ 1 bestimmt, daß jeder unmittelbare Staatsbeamte, welcher sein Diensteinkommen aus der Staatskasse bezieht, aus derselben eine lebenslängliche Pension erhält, wenn er nach einer Dienstzeit von wenigstens 10 Jahren in Folge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, und deshalb in den Ruhestand versetzt wird. Ist die Dienstunfähigkeit die Folge einer Krankheit, Verwundung oder sonstigen Beschädigung, welche der Beamte bei Ausübung des Dienstes oder aus Veranlassung desselben ohne eigene Verschuldung sich zugezogen hat, so tritt die Pensionsberechtigung auch bei kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit ein. Bei Beamten, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, ist Dienstunfähigkeit nicht Vorbedingung des Anspruchs auf Pension.

Die nächsten Paragraphen regeln die Ansprüche der auf Kündigung angestellten Beamten, sowie die der vorübergehend und auf bestimmte Zeit angestellten.

Wird ein Beamter vor Vollendung des zehnten Dienstjahres dienstunfähig und deshalb in den Ruhestand versetzt, so kann ihm bei Bedürftigkeit eine Pension auf bestimmte Zeit oder lebenslänglich bewilligt werden.

Die Pension beträgt nach § 5, wenn die Versetzung in den Ruhestand nach vollendetem zehnten, jedoch nicht vor vollendetem elften Dienstjahr eintritt, 20/60 und steigt mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahr bis zum vollendeten 30. Dienstjahr um 1/60 und von da ab um 1/120 des Diensteinkommens. Ueber den Betrag von 45/60 dieses Einkommens hinaus findet eine Steigerung nicht statt.

Der Berechnung des Ruhegehalts wird nach § 6 das auf Grund der Besoldungsordnung für das Memelgebiet vom 8. März 1921 zuletzt bezogene Diensteinkommen (Grundgehalt oder Grundvergütung und Ortszuschlag) zugrunde gelegt. Dabei wird der Ortszuschlag mit bestimmten Durchschnittssätzen angerechnet. Die Dienstzeit wird vom Tage des Eintritts in den Dienst des Memelgebiets gerechnet.

Eine Reihe von Paragraphen regeln die Berechnung der Dienstzeit, den Erweis der Dienstunfähigkeit, die Versetzung in den Ruhestand, den Zuschlag der Pensionen usw.

Bei Berechnung der Dienstzeit kommt u. a. in Anrechnung die Zeit, während welcher ein Beamter im Dienste eines fremden Staates gestanden hat, vorbehaltlich einer anderen Regelung durch Vereinbarung mit den betr. fremden Staaten bezw. den Beamten. Es darf insgesamt jedoch nur eine Dienstzeit von 10 Jahren angerechnet werden. In Ausnahmefällen kann mit Genehmigung des Oberkommissars eine längere Dienstzeit als 10 Jahre angerechnet werden. Bei Lehrern soll auch die vorgeschriebene praktische Ausbildungszeit mit angerechnet werden.

Den Beamten steht betr. ihrer Pensionsansprüche ein Klagerecht zu, von dem innerhalb 6 Monaten nach der Entscheidung des Landesdirektoriums Gebrauch gemacht werden muß.

Nach § 20 ruht das Recht auf den Bezug der Pension, wenn und so lange ein Pensionär im mittelbaren oder unmittelbaren Dienste des Memelgebiets oder eines fremden Staates ein Diensteinkommen bezieht, insoweit, als der Betrag dieses neuen Diensteinkommens unter Hinzurechnung der Pension den Betrag des von dem Beamten vor der Pensionierung bezogenen Diensteinkommens übersteigt.

Sucht ein Beamter, welcher das 65. Lebensjahr beendet hat, seine Versetzung in den Ruhestand nicht nach, so kann diese, wie § 23 bestimmt, nach Anhörung des Beamten in derselben Weise verfügt werden, wie wenn der Beamte seine Pensionierung selbst beantragt hätte.

Hinterläßt ein Pensionär eine Witwe oder eheliche oder legitimierte Nachkommen, so wird die Pension noch für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate (Gnadenvierteljahr) unter Anrechnung des vor dem Tode des Pensionärs fällig gewordenen Betrages gezahlt. Die Zahlung erfolgt im voraus in einer Summe. An wen die Zahlung erfolgt, bestimmt das Landesdirektorium.

Die Zahlung kann auch dann stattfinden, wenn der Verstorbene Verwandte der aufsteigenden Linie, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer er ganz oder überwiegend gewesen ist, in Bedürftigkeit hinterläßt, oder wenn und soweit der Nachlaß nicht ausreicht, um die Unkosten der letzten Krankheit und Beerdigung zu decken.

Die Witwen und die Hinterbliebenen, ehelichen oder legitimen Kinder eines Beamten erhalten nach § 25 aus der Staatskasse Witwen- und Waisengeld nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen:

Das Witwengeld besteht in 40 vom Hundert derjenigen Pension, zu welcher der Verstorbene berechtigt gewesen ist oder berechtigt gewesen sein würde, wenn er am Todestage in den Ruhestand versetzt wäre.

Das Witwengeld soll jedoch, vorbehaltlich der im § 28 verordneten Beschränkung, mindestens 900 Mark und höchstens 9000 Mark betragen.

Das Waisengeld beträgt nach § 27: 1. für Kinder, deren Mutter lebt und zur Zeit des Todes des Beamten zum Bezuge von Witwengeld berechtigt war, ein Fünftel des Witwengeldes für jedes Kind; 2. für Kinder, deren Mutter nicht mehr lebt oder zur Zeit des Todes des Beamten zum Bezuge von Witwengeld nicht berechtigt war, ein Drittel des Witwengeldes für jedes Kind.

Das Witwen- und Waisengeld darf weder einzeln noch zusammen den Betrag der Pension übersteigen, zu welcher der Verstorbene berechtigt gewesen ist oder berechtigt gewesen sein würde, wenn er am Todestage in den Ruhestand versetzt wäre.

War die Witwe mehr als 15 Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das nach Maßgabe der §§ 26 und 28 berechnete Witwengeld für jedes angefangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 Jahre bis einschl. 25 Jahre um 1/20 gekürzt.

Keinen Anspruch auf Witwengeld hat die Witwe, wenn die Ehe mit dem verstorbenen Beamten innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen und die Eheschließung zu dem Zwecke erfolgt ist, um der Witwe den Bezug des Witwengeldes zu verschaffen.

Keinen Anspruch auf Witwen- und Waisengeld haben die Witwe und die hinterbliebenen Kinder eines pensionierten Beamten aus solcher Ehe, welche erst nach der Versetzung des Beamten in den Ruhestand geschlossen ist.

Das Witwen- und Waisengeld wird monatlich im voraus gezahlt. An wen die Zahlung gültig zu leisten, bestimmt das Landesdirektorium.

Das Recht auf den Bezug des Witwen- und Waisengeldes erlischt: 1. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Monats, in welchem er sich verheiratet oder stirbt; 2. für jede Waise außerdem mit Ablauf des Monats, in welchem sie das 18. Lebensjahr vollendet.

Die Bestimmung darüber, ob und welches Witwen- und Waisengeld der Witwe und den Waisen eines Beamten zusteht, erfolgt durch das Landesdirektorium.

Zur Anpassung an die Veränderung in der allgemeinen Wirtschaftslage wird zu den Ruhegehalts- und Witwenbezügen ein veränderlicher Versorgungszuschlag gewährt. Dieser wird in derselben Art berechnet, wie der Ausgleichszuschlag gleichartiger im Dienste befindlicher Beamten.

Aehnlich wie in Deutschland werden auch an die Ruhegehaltsempfänger und deren Hinterbliebenen Kinderbeihilfen gewährt.

Wladiwostok von den Bolschewisten besetzt

Riga, 1. Oktober. (Priv.-Tel.) Wladiwostock ist von den Bolschewisten am 22. September besetzt worden. Die Zivilverwaltung wurde von den Sowjetkommissaren übernommen. Die Mitglieder der Regierung Merkulow befinden sich teilweise in den Händen der Bolschewisten, teilweise sind sie geflohen. Die Japaner verhalten sich neutral.

Zur Ermordung Joffes

* **Kopenhagen**, 30. September. (Tel.) Das bolschewistische Blatt „Nowaja Schisn" hält an der Behauptung fest, daß der Volkskommissar Joffe ermordet worden sei und zwar liege ein persönlicher Racheakt vor. Joffe wurde vom Präsidenten des Militärgerichts des 7. Armeekorps Feudskimow, der Joffe schon immer feindlich gegenüberstand, erschossen.

Unruhen in Baku

* **Kopenhagen**, 30. September. (Tel.) Nach Meldungen bolschewistischer Zeitungen ist es in Baku zu heftigen Zusammenstößen zwischen Truppen und der Bevölkerung gekommen. Mehrere hundert Personen sind getötet worden.

Choleragefahr in den russischen Häfen

* **London**, 1. Oktober. (Tel.) Wie mitgeteilt wird, hat die britische Admiralität eine Mitteilung der Revaler Hafenbehörde erhalten, welche alle russischen Häfen wegen Cholera für gefährlich hält.

Loucheur über den Wiederaufbau Nordfrankreichs

* **Paris**, 30. September. (Tel.) Der Minister für die befreiten Gebiete Loucheur hielt in St. Mihiel eine Rede, in der er sagte, das Gerücht, nach dem die Kredite für die befreiten Gebiete auf vier Milliarden herabgesetzt werden sollten, sei unrichtig. Im Budget seien 13 Milliarden für diesen Zweck eingesetzt. Der Minister fügte hinzu, die Uebergangsperiode sei jetzt beendet. Die Dienstzweige der befreiten Departements hätten die Aufgabe, sich auf der neuen Grundlage zu organisieren und das Gesetz über die Kriegsschäden zu voller Wirkung zu bringen. Zu diesem Zweck wird eine Vereinheitlichung der Kontrolle und der Verwaltung ins Auge gefaßt werden müssen.

Mißstände im russischen Eisenbahnwesen

* **Warschau**, 30. September. Aus Moskau meldet eine polnische Nachrichten-Agentur: Die Gerüchte über die Demission Dzierzynskis von dem Posten des Verkehrskommissars werden nicht mehr bestritten. Der Posten ist dem Kommunisten Schmidt angeboten worden, der indessen abgelehnt hat. Die Schwierigkeit, das zerrüttete Eisenbahnwesen wieder in Ordnung zu bringen, hat deutlich zugenommen, so daß nunmehr auch der erste Chef der Eisenbahnen und ehemalige Direktor der Kasaner Eisenbahn Baryeow, ein hervorragender Fachmann, gleichfalls zurückgetreten ist, nachdem es den Kommunisten gelungen ist, sich auf der letzten Sitzung der Eisenbahnchefs dadurch Stimmenmehrheit gegenüber den Fachleuten zu verschaffen, daß sie die sogenannten Eisenbahnkommissare mit beschließender Stimme hinzuzogen.

Auf der Sitzung des Zentraltransportkomitees in Moskau teilte der Vertreter des dem allrussischen Zentralexekutivkomitee angegliederten Hilfekomitees für die Hungernden mit, daß die Republik des fernen Ostens der Regierung Lebensmittel für die hungernden Gouvernements angeboten und um die Stellung des notwendigen Eisenbahnmaterials zum Abtransport an die Hungernden gebeten habe. Hierauf erklärte der Vertreter des sogenannten Vorstandes des Betriebs der Eisenbahnen, daß wegen Feuerungsmangels der Eisenbahnverkehr in Sibirien fast völlig eingestellt und es daher unmöglich sei, die gewünschten Transporte auszuführen.

Neues vom Tage

Allgemeine Arbeitsniederlegung in den Berliner Lokalen

* **Berlin**, 1. Oktober. (Tel.) Der Zentralverband der Hotel-, Restaurants- und Caféhausangestellten teilt mit: Von mittags 12 Uhr an ist mit einer allgemeinen Arbeitsniederlegung in sämtlichen Berliner Lokalen zu rechnen. Ein genaues Bild der Streiklage ist bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Hotels erst im Laufe des heutigen Tages zu erreichen. Soviel steht aber jetzt schon fest, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Ausstand ein ziemlich allgemeiner ist.

Wiener Banken um eine Milliarde betrogen

* **Wien**, 30. September. (Tel.) Den Abendblättern zufolge ist Daniel Duin, Chef einer hier etablierten holländischen Firma, nach Schädigung zahlreicher Banken flüchtig. Die Verbindlichkeiten des Flüchtlings, der Valuten, für die er Gegenwerte übernommen hatte, nicht ablieferte, sollen eine Milliarde betragen. Hierzu meldet die „Polizei-Korrespondenz", daß ihr bis abends nur seitens einer Bankfirma die Anzeige erstattet wurde, daß Duin sie um 12 Millionen dadurch geschädigt habe, daß er ihr die Summe in holländischen Gulden Amsterdam anbot, wofür sie ihm Gegenwerte gezahlt habe. Bei Begleichung in Amsterdam habe sie jedoch erfahren, daß die Auszahlung ungedeckt war.

Räuberbandenunwesen in Braunschweig

* **Braunschweig**, 29. September. In der vergangenen Nacht drang eine Räuberbande in das Gehöft des Landwirtes Wilms in Dorstadt bei Wolffenbüttel ein. Als die Einbrecher bei Durchsuchung der Räume in das Schlafzimmer des Besitzers kamen und dieser erwachte, wurde er durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Auch die aus einem Nebenzimmer herbeieilende Ehefrau wurde mit Schüssen empfangen und schwer getroffen. Als das Dienstmädchen die Lichtanlage einschaltete, flüchtete die Bande. Mehrere Nachbarn des Ueberfallenen, durch den Lärm alarmiert, sandten den Einbrechern Gewehrschüsse nach. Wie die „Neuesten Nachrichten" melden, sind Wilms und seine Frau schwer verletzt und nach einem Krankenhaus gebracht worden. Einer der Täter, der verwundet ist, konnte bereits gefaßt werden. Die übrigen sind entkommen.

Zum Brande des Warenhauses Printemps: 50 Millionen Francs Schaden

TU. **Paris**, 29. September. Die Feuerwehr war die ganze Nacht hindurch damit beschäftigt, die Trümmer des neuen Gebäudes des Warenhauses „Printemps" unter Wasser zu setzen. Die Menschenansammlungen vor der Unglücksstätte haben vielen Taschendieben ihr Handwerk erleichtert. Eine Reihe von Leuten, die der Feuersbrunst zusahen, sind ihrer Geld- und Handtaschen beraubt worden. Beim Polizeikommissariat sind nicht weniger als 20 Klagen eingelaufen. Die gestohlenen Geldbeträge erreichen eine ziemlich bedeutende Summe. Heute morgen um 5 Uhr ist eine Delegation Londoner Feuerwehrleute eingetroffen, die sich die Methode an Ort und Stelle ansehen wollten, mit der die Pariser Feuerwehr der gewaltigen Feuersbrunst zu Leibe ging. Der Schaden, der durch den Brand angerichtet wurde, wird auf etwa 50 Millionen Franken geschätzt.

Erdbeben in Westamerika

* **Paris**, 30. September. (Tel.) Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Washington wurden Erdbeben gestern in Los Angelos und Salt Lake City verspürt.

Lokales

Memel, den 2. Oktober 1921.

* [Personalie.] Durch Verfügung des Oberkommissars ist dem Katasterkontrolleur Wiegmann in Memel die Dienstbezeichnung „Steuerrat" beigelegt.

* [Lebensmittelpakete nach dem Ausland.] Bei der Landespostdirektion laufen vielfach Klagen über Nichtannahme von Paketen durch die Postanstalten oder Beschlagnahmungen von Sendungen durch die Zollämter ein, aus denen hervorgeht, daß beim Publikum die Bestimmungen über die Ausfuhr von Lebensmitteln nicht genügend bekannt sind. Es wird daher darauf hingewiesen, daß die Ausfuhr von Lebensmitteln aus dem Memelgebiet ohne besondere Genehmigung nicht gestattet ist. Unter Lebensmitteln sind nach der Bekanntmachung des Landesdirektoriums vom 9. 9. 21 zu verstehen: Landwirtschaftliche Produkte aller Art soweit sie der Ernährung der Bevölkerung dienen, insbesondere Saaten, Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Mühlenfabrikate, Reis, Mais und die daraus gewonnenen Erzeugnisse, ferner Eier, Milch, Butter, Käse und sonstige Milcherzeugnisse, Fleisch- und Fleischerzeugnisse jeder Art, Fisch und Fischerzeugnisse, tierische und pflanzliche Fette, Kartoffeln, Gemüse, Zucker, Beeren, Obst, Brotaufstrichmittel wie Marmelade, Kunsthonig und Braunsyrup. Dagegen fallen Genußmittel wie z. B. Wein, Bier, Spirituosen, Limonaden, Porter, Apfelwein, Schokolade, Kakao, Tee, Kaffee und Südfrüchte wie Zitronen, Datteln, Feigen usw. nicht unter den Begriff Lebensmittel. Die Ausfuhrgenehmigungen werden erteilt durch das Landesdirektorium, das Versorgungsamt-Memel und die Landratsämter. Für Sendungen, für die eine von den genannten Dienststellen ausgestellte Ausfuhrgenehmigung vorliegt, wird eine Ausfuhrabgabe nicht erhoben. Die Versendung von Butter, Käse, Gänsen, Enten, Hühnern, Obst, Gemüse, Pilzen und Beeren in Postpaketen ist auch ohne Ausfuhrgenehmigung zugelassen, wenn vorher die Ausfuhrgebühr beim Zollamt bezahlt worden ist. Die Postanstalten haben die Verpflichtung, sich die Ausfuhrgenehmigungen oder die Zollquittungen vorlegen zu lassen. Nachdem dies geschehen ist, werden die Pakete und Paketkarten von den Postanstalten mit dem Vermerk „Ausfuhrgenehmigung eingesehen" versehen, sodaß eine Beanstandung derartiger Pakete durch die Grenzzollstelle in Pogegen nicht mehr stattfinden darf, vorausgesetzt natürlich, daß sich die Inhaltsangaben in den Zollinhaltserklärungen, von denen immer zwei Stück jeder Paketkarte beigefügt sein müssen, nicht bei einer Kontrolle als unrichtig herausstellen. Pakete mit Butter usw., für die bereits bei der Aufgabe der Zoll bei den Postämtern bezahlt worden ist, erhalten ebenso wie die dazugehörigen Paketkarten den amtlichen Vermerk „zollamtlich abgefertigt."

* [In der Stadtbücherei] sind vom 3.—17. Oktober folgende Werke ausgestellt: Arldt: Tiere der Vorwelt. — Borinski: Das Theater. — Brandt: Der Chinese in der Oeffentlichkeit und Familie. — Byron: Briefe und Tagebücher. — Cassirer: Freiheit und Form. — Delbrück: Bildnisse römischer Kaiser. — Federn: Dante Alighieri. — Feldmann: Geschichte der politischen Ideen in Polen. — Ferber: Die Kunst zu fliegen. — Fischer: Grundzüge der deutschen Altertumskunde. — Goya: Francisco de Goya. — Haarmann: Aus Theorie und Betrieb der Dampfturbine. — Hennig: Wunder und Wissenschaft. — Knoop: Volk, Volkssagen, Erzählungen, Aberglauben. — Lindner: Geschichtsphilosophie. — Louis: Grundriß der Harmonielehre. — Michael: Cromwell Bd. 1. 2. — Nadler: Die Berliner Romantik. — Niedner: Islands Kultur zur Wikingerzeit. — Noetzel: Die slawische Volksseele. — Pauli: Venedig. — Sapper: Geologischer Bau und Landschaftsbild. — Sauerlandt: Deutsche Plastik des Mittelalters. — Tamman: Kristallisieren und Schmelzen. — Weber: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. — Wegener: Die geographischen Ursachen des Weltkrieges. — Zell: Das Tier im Erlebnis des Menschen. — Bismarck: Gedanken und Erinnerungen Bd. 3.

* [Kunstausstellung in der städt. Turnhalle.] Der Goethebund veranstaltet in der städtischen Turnhalle in der Polangenstraße eine Kunstausstellung ostpreußischer Künstler, der eine Abteilung der Werke unseres heimischen Künstlers Boese angegliedert ist. Die Ausstellung beginnt heute und dauert bis zum 16. Oktober. Sie ist täglich vorm. von 9—1 Uhr und nachm. von 2—5 Uhr geöffnet. (Näheres siehe im heutigen Anzeigenteil). Besonderer Dank gebührt der Zellulose-Fabrik, die durch kostenfreie Ueberlassung des zur Bespannung der Gerüste verwendeten Zellstoffs und dem Stadtbauamt, das durch Ausführung der technischen Arbeiten das Zustandekommen der Ausstellung zu dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt ermöglichte. Das Hängen der Bilder hat der Königsberger Maler Röttger, den der Wirtschaftliche Verband ostdeutscher Künstler eigens zu diesem Zweck nach Memel geschickt hatte, in umsichtiger Weise ausgeführt. Die Ausstellung verfolgt den Zweck, mit den Werken der ostpreußischen Künstler bekannt zu machen, die Freude am Bild zu wecken und jedem Gelegenheit zu geben, sich für verhältnismäßig wenig Geld ein Originalwerk anzuschaffen. Die Ausstellung ist von etwa 20 Künstlern beschickt mit über 300 Bildern und enthält Oelgemälde, Holzschnitte, Radierungen, Zeichnungen, Aquarelle und Pastelle, mit Motiven aus Ostpreußen und speziell unserer Heimat (Memel, Försterei, Nidden, Schwarzort usw.) Die Preise der Bilder bewegen sich zwischen 3000 und 10 Mk. Bestellungen werden im Ausstellungsraume und in der Buchhandlung Krips entgegengenommen. Möge ein reger Besuch der Ausstellung und recht zahlreiche Käufe die Mühe der Veranstalter lohnen.

* [Goethe-Bund.] Auf den am morgigen Montag abends 8 Uhr in der Aula der Altstädtischen Schule stattfindenden Vortrag des Leipziger Universitätsprofessors Dr. Pinder über „Deutsche Plastik in der Jugendzeit Albrecht Dürers" sei an dieser Stelle noch besonders hingewiesen. Vorverkauf in der Buchhandlung Rob. Schmidt Nachf., Börse.

* [Städtisches Schauspielhaus.] Wir weisen auf den im heutigen Inseratenteil enthaltenen Spielplan für die kommende Woche besonders hin.

* [I. Künstler-Abonnementskonzert.] Das Programm des am Mittwoch im Schützenhause stattfindenden ersten Abonnementskonzerts besteht aus je fünf Liedern von Franz Schubert und Gustav Mahler, die Frau Therese Schnabel-Behr zum Vortrag bringen wird und der großen f-moll-Klaviersonate von Johannes Brahms, einer besonderen Glanzleistung Prof. Artur Schnabels. Ueber das ideale Zusammenwirken beider Künstler schreibt u. a. Rudolf Kastner in seinem letzten Bericht „Die Berliner Musiksaison 1920/21": „Wenn ich ganz aufrichtig sein soll, von all den Sangesgrößen (Jvogün, Onegin, Bender, Knote, Schipper, Erb, Brodersen, Elisabeth Schumann, Elena Gerhardt und Pathiera) am tiefsten blieb haften, noch in fernen Stunden als Erinnerung glückbringend und erschütternd: die einzige Art von Therese Schnabel-Behr. Ein Schubert-Lied von ihr, Meister Artur am Flügel, bereichert das ganze Leben. Die Stimme ist nicht mehr so gewaltig groß wie früher, die Seele aber ist größer geworden und die Gnade, Schicksale in eine Liedzeile zu schmieden. Einzig!" — Ebenso einzig dastehend als Vertreter des klassischen Klavierspiels wird Artur Schnabel allerorten gefeiert. Wie er als Beethoven-Interpret unerreicht ist, so gilt er als der berufenste Brahms-Spieler der Jetztzeit.

* [Der Verband der Großhändler und Importeure des Memelgebiets] hielt am Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal der Börse eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Uns geht darüber folgender Bericht zu: Nach Eröffnung der Sitzung durch den 1. Vorsitzenden, Vize-Präsidenten Paul Schulz erstattete der Syndikus den Geschäftsbericht und machte anschließend daran die Mitteilung über die bevorstehende Danzig-polnische Zollunion. Als Kandidat des Verbandes für die am Mittwoch, den 5. Oktober vorzunehmende Ergänzungswahl der Großhandelsgruppe der Handelskammer wurde Konsul Schmaeling von der Versammlung in Vorschlag gebracht. In Eingaben an die Handelskammer sollen mehrere Angelegenheiten, die den Großhandel interessieren, zur Sprache gebracht werden. Diese soll gebeten werden, für Abhilfe zu sorgen. So soll unter anderem um eine bessere Zugverbindung des Memellandes, insbesondere in Richtung Königsberg, gebeten werden. Ferner wird gewünscht werden, daß nicht jeder beliebige Höker in das Handelsregister eingetragen wird, sondern daß hierfür nur wirklich gelernte Kaufleute in Betracht kommen können. Schließlich werden die Mitglieder noch einmal darauf hingewiesen, daß die Wahl der Großhandelsgruppe am Mittwoch, den 5. Oktober, in der Zeit von 9—10½ vormittags in der Börse stattfindet.

* [Wohltätigkeitsfest.] Am nächsten Sonntag wird das vom Verein Freundinnen junger Mädchen in Aussicht genommene Wohltätigkeitsfest im Schützenhause sicherlich eine große Anziehungskraft ausüben. Aus Gesang- und Instrumentalvorträgen und zahlreichen Tanzaufführungen ist ein abwechselungsvolles, reichhaltiges Unterhaltungsprogramm zusammengestellt worden. Ebenso sind Büfetts mit Kuchen und Torten, sowie Kaffee und Schokolade vorgesehen, die neben den verschiedentlichen Herrlichkeiten der bunten Verkaufsstände den Festteilnehmern Genüsse mannigfachster Art zu bieten imstande sein dürften. Freunde und Gönner des Vereins werden in dem heutigen diesbezüglichen Inserat um Beisteuerung gütiger Gaben für dieses Wohltätigkeitsfest herzlichst gebeten.

* [Das Fußballspiel] zwischen M. T. V. 1 und V. f. B. I, das heute nachmittag stattfinden sollte, fällt, wie uns mitgeteilt wird, aus.

* [Die Kurhauskasinogesellschaft] teilt uns zu in der Stadt verbreiteten Gerüchten mit, daß der lebensmüde amerikanische Litauer, der am Freitag im Hotel Berliner Hof Salzsäure nahm und sich dann aus dem Fenster stürzte, kein Mitglied des Spielkasinos war und auch dort nicht verkehrte.

* [Polizeibericht.] In der Woche vom 25. September bis 1. Oktober sind der Stadtpolizeiverwaltung als Fundsachen abgeliefert bezw. angemeldet: 1 Schlüssel mit rotem Band; 1 eiserne Konsole (anscheinend zu einem Lastwagen gehörig); 2 zusammengehundene Patentschlüssel mit einem Holzschild; 1 Beutel mit Tabak; 2 einzelne Schlüssel; 1 Manschettenknopf mit grüner Emailleeinlage; 1 schwarzer Gürtel zum Damenmantel; 1 blauer Aktendeckel, enthaltend Papiere mit Maschinenschrift und 1 alter Stock; Quittungskarten und Sammelbuch, Lohnbuch und andere Papiere, lautend auf Bernhard Groß. — Eingefunden: 1 kleiner schwarzer Pintscher mit zwei braunen Brustflecken; 1 kleiner hellbraun-weißer Hund. — Als verloren sind angemeldet: 1 Pincenez (Nickelfassung) mit Lederetui; 1 Elfenbeinbrosche in Silber gefaßt; verschiedene Bunde Schlüssel und zwar 5 Schlüssel am Ring, 12 bis 15 Schlüssel und 18 bis 20 Schlüssel; 1 schwarzer Gürtel zum Damenregenmantel; 1 Metall-Damenuhr mit Emailledeckel mit Engel; 1 große goldene Brosche (Medaillon mit Mädchenkopf); Personalausweis, ausgestellt für Emma Königkeit; 1 schwarze Lederhandtasche, enthaltend 1 Portemonnaie mit einem 100-Markschein und einigen Mark Kleingeld und 1 weißes Taschentuch mit gestickter Karte; 1 Sparkassenbuch von der Stadtsparkasse. — Entlaufen: 1 deutscher Schäferhund, Schwanz geringelt, mit Steuermarke 726; 1 grauweißes Keichel.

(Weiteres Lokales siehe in der Beilage.)

Handel und Schiffahrt

Berliner Börse.

As. **Berlin**, 1. Oktober. (Priv.-Tel.)

Der heutige Tag war laut Beschluß des Börsenvorstandes wie alle Sonnabende im Oktober börsenfrei. Das Geschäft, das nichtamtlich und von Büro zu Büro stattfand, hielt sich in engen Grenzen. Die Stimmung war wesentlich zuversichtlicher als gestern und die Kurse stellten sich in vielen Fällen 30 bis 40 Prozent höher.

Telegraphische Auszahlungen

* **Berlin**, 1. Oktober (Tel.)

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rotterd.	3896,10	3903,90	Spanien	1610,85	1614,15
Brüssel-Antwerpen	861,60	863,40	Wien alt	—	—
Christiania	1498,50	1501,50	Wien in Dtsch.-Oest. abgestempelt	7,88	7,92
Kopenhagen	2187,80	2192,20	Prag	127,35	127,65
Stockholm	2737,25	2742,75	Budapest	17,88	17,92
Helsingfors	170,80	171,20	Bukarest	108,—	109,—
Italien	494,50	495,50	Buenos Aires	39,45	39,55
London	462,50	463,50	Polen	—	—
Newyork	124,37	124,63	Kriesnoten	—	—
Paris	874,10	875,90	Warschau	—	—
Schweiz	2147,85	2152,15			

Markkurse im Ausland: Amsterdam 2,58, Zürich 4,85, Stockholm 3,70 Kopenhagen 4,70. (Priv.-Tel.)

As. **Vom Berliner Schlachtviehmarkt.** Berlin, 1. Oktober. (Priv.-Tel.) Der Auftrieb am heutigen Schlachtviehmarkt betrug 4658 Rinder, 1064 Kälber, 9221 Schafe und 3863 Schweine, darunter 235 aus dem Memelgebiet. Die Preise stellten sich bei Schweinen auf 10,00—15,00 Mk., bei Kälbern auf 5,00—12,50 Mk. je Pfund Lebendgewicht. Der Verlauf war bei Rindern und Kälbern ruhig, bei Schafen in guter Ware glatt, geringe Ware war schwer verkäuflich, bei Schweinen ebenfalls glatt.

* **Vom Berliner Produktenmarkt.** Berlin, 1. Oktober. (Tel.) Am Produktenmarkt war die Haltung auf die Steigerung der Devisen allgemein fest. Das Geschäft hielt sich aber durchweg in mäßigen Grenzen, zumal das Angebot in Getreide seitens der Landwirtschaft wegen der dringenden Feldarbeiten gering war. Weizen stellte sich nur teilweise etwas fester. In Roggen war das Angebot bei den einzelnen Agentenfirmen dem Umfang nach sehr verschieden. Gerste war sowohl in Wintergerste wie in Sommergerste stark begehrt. Für Hafer mangelte es an Angebot. Mais wurde lebhaft gefragt und war wesentlich höher. Die amerikanischen Notierungen waren matt. Mehl war ruhig, Raps hatte feste Tendenz, ebenso Viktoriaerbsen.

Memeler Schiffsnachrichten

Eingekommen

Nr.	Ort.	Schiff	Kapitän	Von	Mit	Adressiert an
523	1	Arcona SD.	Mann	Danzig	Stückgut	R. Meyhoefer
524		Dwina engl. SD.	Christia	„	eingebr. Teill. Holz	Ed. Krause
525		Gösta (Schwede) Motor-Schiff	Krögerström	See zurück		

Ausgegangen

Nr.	Sept.	Schiff	Kapitän	Nach	Mit	Beladen von
523	30	Pom. Greif SD.	Ahrens	Stettin	Cellulose	R. Meyhoefer
524		Pomerania SD.	Lüthgens	Stade	Holz	Rosenberg
525	1	Sterno schwed. SD.	Engdahl	Karlshamn	leer	
526		Gösta Mot.-Sch.	Krögerström	Smögen	„	R. Meyhoefer

Am 1. Oktober: 12 Uhr am Pegelstand 0,66 m. — Wind: W. 5. — Strom: aus, zulässiger Tiefgang: 6,1 m.

Wetterwarte

Wettervoraussage für Sonntag, den 2. Oktober:

Zunehmende Bewölkung, zeitweise Regen und fortgesetzt kühl bei auffrischenden südwestlichen Winden.

Temperaturen in Memel am 1. Oktober.

Morgens 6 Uhr: + 11,0 Grad Celsius, 9 Uhr: + 12,0, mitt. 12 Uhr: + 12,5 nachmittags 3 Uhr: + 12,5, 5 Uhr: + 12,5 Grad Celsius.

Witterungsübersicht von Sonnabend, den 1. Oktober, 8 Uhr morgens.

Bei zunächst mäßigen nordwestlichen, später schwachen südlichen Winden herrschte gestern in unserm Bezirk fortgesetzt kühles, trockenes und ziemlich heiteres Wetter, besonders im Westen und Süden trat leichter Nachtfrost ein. Auch sonst steigt die Temperatur überall bis in die Nähe des Gefrierpunktes. In Deutschland war es heute früh bei schwachen südöstlichen bis mäßigen südlichen Winden trocken, im Nordwesten wolkig, sonst heiter, und allgemein kühler als gestern. Während das gestrige Hochdruckgebiet über Mitteleuropa seinen Kern nach Südosteuropa verlagert hat, ist ein neuer Tiefdruckausläufer nach Schweden vorgedrungen. Niederschläge fielen im Norden Großbritanniens und in Skandinavien.

Beobachtungsorte	Wetter	Grad Cels.	Nied.-schlag mm	Beobachtungsorte	Wetter	Grad Cels.	Nied.-schlag mm
Königsbg.	heiter	4	0	Hamburg	heiter	5	0
Insterburg		1	0	Berlin	—	—	—
Tilsit	klar	2	0	Breslau	—	—	—
Marggrab.	—	—	—	München	heiter	5	0
Ortelsburg	klar	4	0	Havaranda		1	0
Osterode	z. heiter	1	0	Wien	klar	5	0

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Sonnabend, den 1. Oktober, 8 Uhr morgens.

Uebersicht der Witterung: Luftdruck: Hochdruckgebiet 771 Südeuropa. Tiefdruckgebiet 752 Nordskandinavien. — Wind: Nordsee schwache östliche, Ostsee schwache südliche Winde. — Wetter: Heiter, morgen Bewölkungszunahme, auffrischende Südwestwinde.

Stationen	Barometer mm	Wind Richtung	Wind Stärke	Wetter	Temperatur Celsius	Bemerkungen
Skudesnaes						
Bülk	765,2	S.	3	heiter	+ 9	See. schlicht
Swinemünde	767,2	SSW.	1	heiter	+ 7	See. leichtbew.
Rügenwaldermünde	767,0	SSO.	2	klar	+ 4	See. ruhig
Memel	766,8	NW.	3	halb bed.	+11	See. ruhig
Skagen	762,2	SW.	4	wolkig	+ 9	
Kopenhagen	765,4	SW.	2	Dunst	+10	
Visby	764,2	WSW.	5	halb bed.	+ 9	See. mäßig bew.
Stockholm	759,0	SW.	2	—	+ 7	

unseren lieben Freunden
Artur u. Robert
zum Wiegenfeste ein dreifach
donnerndes Hoch,
daß Schmelz wiggelt und wackelt.
Zwei Freunde.

Anzeigen

Apothekendienst.
Sonntags- u. Nachtdienst für die Woche:
Grüne Apotheke.

Englische Kirche
Heute nachm. 5½ Uhr:
Erntedankfest
unter Mitwirkung der Chöre und abends 7 Uhr: Begrüßung der Neukonfirmierten durch den Jugendbund. Alt und Jung freundlichst eingeladen.
Die Christl. Gemeinschaft

Liederfreunde. Morgen Uebung. 7½ Uhr Gesamtchor.

Ev. Frauenhilfe Schmelz.
Dienstag 4 Uhr Mordass.

Städt. Schauspielhaus.

Sonntag, den 2. Okt., abends 7½ Uhr: Neueinstudiert. **„Husarenfieber“**. Lustspiel in 4 Akten von Kadelburg und Skowronnek.

Montag geschlossen.

Dienstag, den 4. Okt., abends 7½ Uhr: 1. Vorstellung im Dienstag-Abonnement. 1. Kammerspielabend. Neuheit. Zum ersten Male. **„Dies irae“**, Tragödie in 6 Akten von Wildgans.

Mittwoch, den 5. Okt., abends 7½ Uhr: Zum ersten Male. **„Ein idealer Gatte“**, Lustspiel in 4 Akten von Wilde.

Donnerstag, den 6. Okt., abends 7½ Uhr: Zum zweiten Male. **Dies irae“**, Tragödie in 6 Akten von Wildgans.

Freitag, den 7. Oktober, abds. 6½ Uhr: 1. Vorstellung im Freitag-Abonnement. Zum 2. und letzten Male. **Don Carlos**, dramatisches Gedicht von Schiller.

Sonnabend, den 8. Okt., abends 7½ Uhr: Zum 2. Male. **„Husarenfieber“**. Lustspiel in 4 Akten von Kadelburg und Skowronnek.

Sonntag, den 9. Oktober, abends 7½ Uhr: Erhöhte Preise! Unter Mitwirkung des gesamten Landesorchesters. Zum 1. Mal. **„Mamzelle Nitouche“**, Posse mit Gesang und Tanz von Meilhac. Musik von Hervée.

Vorverkauf an der Theaterkasse. Kassenstunden: 11—1 Uhr und 4—8 Uhr.
Telephon. Bestellungen: Fernruf 182, Kasse.

Memeler Segel-Verein.
Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal
Haupt-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Kassenprüfungsbericht.
4. Entlastung der bisherigen Vorstandsmitglieder.
5. Wahl des Vorstands und der übrigen Vereinsorgane.
6. Haushaltsplan.
7. Festsetzung der Jahreskarte.
8. Endgültige Beschlußfassung über den Klubhausbau.
9. Anträge von Mitgliedern, die spätestens bis zum 3. Oktober dem Vorstand schriftlich einzureichen sind.

Der Vorstand.

Pensionärverein.
Mitgliederversammlung Donnerstag, den 6. 10., nachmittags 2½ Uhr
Schützenhaus.
1. Zahlung der Beiträge: a) Verein, b) Zentralverband.
2. Wahl der Rechnungsprüfer.
3. Mitteilungen. — Besprechungen.

Der Vorstand.

Sterbekassen-Verein
für Memel und Umgegend.
Aufnahmen neuer Mitglieder finden
Dienstag, d. 4. Oktober, nachm. 5 Uhr, i. Kassenlokale d. Vereins, Bäckerstr. 1—2, statt.
Der Vorstand.

Die Verlobung ihrer Tochter **Anna** mit Herrn **Max Trakies** zeigen ergebenst an
Karl Rose und Frau.
Bachmann, den 2. Oktober 1921.
Anna Rose — Max Trakies
Verlobte.
Bachmann. — Karkelbeck.

Victoria-Hotel
Von 1—3 Matinee
Blaue Diele
5 Uhr-Tee
Ab 8½ Uhr abends
Auftreten erstklassiger Kabarettkräfte

Kurhaus Försterei.
Heute Kaffeekonzert und Tanz.

Luisen-Café.
Sonnabend und Sonntag
großer Schlagerabend.
Verlängerte Polizeistunde, bis 2 Uhr geöffnet.

Strandvilla.
Heute nachmittag 3½ Uhr:
Konzert
des Philharmon. Landesorchesters.
Leitung: Kapellmeister **R. Plato.**

Waldschlösschen
Heute Tanzkränzchen.

Gr. Tauerlauken
Sonntag, den 2. Oktober, nachm. v. 3 Uhr ab
musikalische Unterhaltung
Abends Tanz
Zum Kaffee eigenes Gebäck. Es ladet ein
L. Stehr.

Kl. Tauerlauken.
Heute, am Sonntag, den 2. Oktober von 3 Uhr
Kaffeekonzert mit anschließendem Tanz.
F. Danull.

Süderspitze
empfiehlt Gebäck aus eigener Konditorei.
Fähre Ballastplatz-Süderspitze ist von heute an eingestellt.
H. v. Zaborowski.

Café Monopol
empfiehlt seine vorzüglichen
Speisen und Getränke.
Sonntag bis 2 Uhr geöffnet.

Schlachthof-Restaurant.
Heute ff. Rinderfleck.
Kaffeekuchen. — Eigenes Gebäck.

Ich habe mich in **Memel, Breite Str. 7** als
Arzt
niedergelassen, und halte Sprechstunden wochentags:
vorm. 8—11, nachm. 3—5 Uhr.
An der Krankenkassenpraxis nehme ich teil.
Dr. med. Dunst.

Habe mich als
wissensch. Lehrerin
hier niedergelassen und erteile **Privat-Zirkel und Nachhilfestunden** in allen Fächern.
Clara Schakowsky, staatl. gepr. Lehrerin,
Libauerstraße 32 I.

Theater-Verein.
Montag, den 10. Oktober 1921
im Theatersaale
1. abends 7½ Uhr pünktlich
Ordentl. Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
a) Wahl des Vorstandes und der Revisoren,
b) Beschluß über Jahresrechnung und Entlastung,
c) Verschiedenes.
2. abends 8½ Uhr
Vortrag des Herrn Dir. **Heinrich Albers** über
„Die nächsten künstlerischen und sozialen Ziele des Memeler Schauspielhauses“.
Zum Vortrag ist das Erscheinen auch von Nichtmitgliedern erwünscht. **Eintritt frei.**
Der Vorstand.

Achtung! **Kraftfahrer** Achtung!
Montag, 7 Uhr abends,
Zusammenkunft
im „Preußischen Hof“
zwecks Besprechung eigener Interessen.
J. A. Der Einberufer.

Apollo-Licht-Spiele
Sonntag ab 2 Uhr: Montag ab 4 Uhr:
Der erste diesjährige **Lya Mara** Gross-Film
Trix
die Millionenerbin,
nach dem Roman von E. v. Adlersfeld-Ballestrem.
Jagd auf Schurken
zweiter Teil und Schluss
Achtgroschenmädel: Edith Posca
Das Blaserohr, lustiger Trickfilm
gezeichnet, aufgenommen und mit lieblichen Verslein verziert von Kunstmaler C. W. Kiesslich.
Künstlerkonzert Ludewigs — Zimmer

Urania Sonntag ab 2 Uhr: Montag ab 5 Uhr:
Die grosse Sensation

Der Todesflieger
der moderne Sensations-Detektiv-Film
Harry Hill — Marga Lindt
Der Energie-Athlet
Lustspiel
Das Blaserohr, lustiger Trickfilm.

Kammer-Licht-Spiele.
Sonntag: Montag:
Unter der Dornenkrone
Filmroman aus Mexikos Geschichte in 7 Kapiteln mit
Ria Gende, Rolf Randolf, Erra Bognar.
—
Beiprogramm.
2, 4½, 7½ — 4½, 7½

Kurhaus-Kasino
Sandkrug-Memel.
Täglich
Konzert des Künstler-Trio
Effel-Berg aus Riga.
Nachmittags 5 Uhr Tee.
Abends 8 Uhr Diner-Konzert.

Bäcker- und Konditor-Innung.
Ordentliche
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, d. 6. Oktober, abends 6 Uhr im Hotel „Pr. Hof“.
Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.
Der Vorstand.

Landwirtschaftlicher Verein Memel.
Sitzung
Donnerstag, den 6. Oktober 1921, nachm. 2 Uhr in Fischer's Weinstuben.
Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abänderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes.
3. Wirtschaftslage nach der Abtrennung des Gebiets.
4. Kontrollvereinswesen.

Die Sitzungen finden jeden Donnerstag nach dem 1. des Monats, nachmittags 2 Uhr in Fischer's Weinstuben statt.
Tagesordnung liegt eine Woche vorher in Fischer's Weinstuben aus.

Bekanntmachung.
Der Straße vom Fischereiwalgum nach Strandvilla ist der Name „Seestraße“ beigelegt.
Memel, den 30. September 1921.
Die Stadt-Polizeiverwaltung.

Literarische Gesellschaft
Montag, den 3. Oktober 1921, abends 8 Uhr in der Aula des Luisengymnasiums
2. Autoren-Abend Max Jungnickel
Preise: Sitzplatz Mk. 7.—, Stehplatz Mk. 3.—. Mitglieder frei

Goethe-Bund Memel
Kunstausstellung
(Oelgemälde, Aquarelle, Pastelle, Graphik)
in der
Städtischen Turnhalle
(hinter der Feuerwehr).
Vom 2.—16. Oktober einschliesslich
geöffnet täglich von 10—1 und 2—5.
Eintritt für Mitglieder des Goethebundes 2 Mk., Dauerkarten 10 Mk., für Nichtmitglieder, 3 Mk., Dauerkarten 15 Mk.

Memeler Künstler-Konzerte
Winter 1921/22
Mittwoch, den 5. Oktober, abends 7½ Uhr
im Schützenhause
I. Abonnements-Konzert
Prof. Arthur Schnabel . . . . Klavier
Frau Therese Schnabel-Behr . Gesang
Karten zu Mk. 20, 15, 10 und 6 in Robert Schmidt's Buchhandlung.
Abonnements für sämtliche 8 Veranstaltungen zu Mk. 120, 80 und 56 werden noch bis zum 4. Oktober angenommen.
Das Komitee.

Schützenhaus
Sonntag, den 9. Oktober 1921,
nachmittags von 3 Uhr ab
Wohltätigkeits-Veranstaltung
des Vereins Freundinnen junger Mädchen.
Alle Freunde und Gönner des Vereins werden hiermit herzlich gebeten, Gaben für das Büfett und die Verkaufsstände gütigst zu spenden.
Der Vorstand.

Kfm. Verein „Concordia“
Die regelmäßigen Vereinsabende (Winter 1921/22) beginnen mit
Mittwoch, d. 5. Oktober
Vereinslokal: **Fischers Weinstuben** (oberer Saal).
Die verehrlichen Mitglieder werden gebeten, stets zahlreich zu erscheinen.
Aufnahmegesuche sind schriftlich an den Vorstand zu richten und werden von den unterzeichneten Vorstehern in Empfang genommen.
Die Vorsteher
Otto Kadgiehn. Carl Korkau. Albert Hiehle. Gust. Sinnhuber. Emil Sommer. Willy Krüger.

Stellmacher-Innung.
Sonnabend, d. 8. d. M., nachmittags 2 Uhr im Restaurant **Gose**, Alte Sorgenstraße
Quartalsversammlung.
Tagesordnung:
1. Vorschläge zum Meisterprüfungsausschuß.
2. Beratung über Stiftung einer Gedenktafel f. einen verstorbenen Kollegen.
3. Verschiedenes.

Die nichterschienenen Mitglieder haben sich dem Beschluß der Erschienenen zu fügen.
Gröger, Obermeister.

Zur Ausführung sämtlicher **Buchbinderarbeiten**, Bucheinbände usw. empfiehlt sich **M. Bernhardt, Memel**, Hügelstraße 2.

Karo-Syrup
Karo-Syrup ist die Marke!
Alle Menschen, Schwache, Starke
können ihn in teueren Zeiten
Billig auf das Brot sich breiten.
Auch für Kinder aller Jahre
ist **„Karo“** das einzig Wahre.
Kauft Ihr Leute den famosen
Karo-Syrup in der Dosen,
Die zwei Pfund davon enthält.
Kauft ihn, wo es Euch gefällt.
Vorrätig in allen einschlägigen Geschäften.

D. „Express“
ladet am Dienstag, den 4. d. Mts.
nach Königsberg
Güterannahme zu den Bedingungen der Schiffahrtsgesellschaft „Nauticus“ in der Dampferremise Norderbuk 7.
Otto Grossmann G. m. b. H.
Telephon 123, 145, 167.

Preuß.-Südd. Klassenlotterie
Die Erneuerungslose zur 5. Klasse bitte ich bis 8. Oktober 1921 spätestens einzulösen.
Verk.-Lose in ½, ¼, ⅛ Abschnitten hier zu haben.
F. Riekeles (Louis Grosskopf)

Rotationsdruck und Verlag von F. W. Siebert in Memel. Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft Carl Aug. Seyfried, für das übrige Robert Leubner, für Inseraten- u. Reklameteil Robert Kuberka, sämtlich in Memel. (2 Beilagen)